

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 31. Jänner 1964

Blatt 214

Wilhelm Weber - neuer Bezirksvorsteher von Simmering
=====

31. Jänner (RK) Die Sozialistische Partei hat Herrn Wilhelm Weber als Nachfolger des Simmeringer Bezirksvorstehers Josef Haas nominiert. In Vertretung von Bürgermeister Jonas ist er von Stadtrat Sigmund als neuer Bezirksvorsteher angelobt worden. Wilhelm Weber ist 57 Jahre alt und von Beruf Postinspektor.

Der bisherige Bezirksvorsteher Josef Haas hat seine Funktion seit 1952 ausgeübt und sich um den Wiederaufbau und die Entwicklung Simmerings sehr verdient gemacht. Wie bereits mitgeteilt wurde, scheidet er nun im 70. Lebensjahr auf eigenes Ansuchen aus seinem Amt. Bürgermeister Jonas hat ihm in einem Schreiben für seine Arbeit zum Wohle der Stadt und seines Bezirkes herzlich gedankt.

Ballkalender
=====

31. Jänner (RK) In der Woche vom 3. bis 9. Februar finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Montag: Schwechater Hof (Ballettschule Schönig-Schrefel), Sofiensäle (Ball vom Grünen Kreuz, Jägerball).

Dienstag: Bayrischer Hof (Sicherheitswache Wien XX), Konzert-
haus (Ball der Technik), Sofiensäle (Ball der Neustädter).

Mittwoch: Hofburg (Wiener Kaffeehausgewerbe), Sofiensäle (Favoritner Bürgerball).

Donnerstag: Sofiensäle (Ball der Jugend), Staatsoper (Opernball), Wimberger (Kleiner Opernball - Ballfest der Rentner und Befürsorgten des 7. Bezirkes).

Freitag: Auge Gottes (Döblinger Männergesangverein), Albert
Sever-Saal (Sportverein SFAW), Bayrischer Hof (Pfarre St. Johann), Casino Zögernitz (Döblinger Jagdklub), Grünes Tor (Hernalser
Wirtschaftsbund), Hernalser Vergnügungszentrum (Ball der einsamen
Herzen), Konzerthaus (Ball der Wiener), Kursalon (Niederöster-
reichische Landesregierung), Messepalast (Österreichischer
Kameradschaftsbund, Landesverband Wien), Palais Auersperg (Ball
der Interunfall), Palais Festetics (Innung der Gebäudeverwalter
und Realitätenvermittler), Parkhotel Schönbrunn (Landesinnung
Wien der Kürschner), Schwechater Hof (Wiener Brückenbau- und
Eisenkonstruktions-AG), Simmeringer Hof (ÖROP), Sofiensäle (Sport-
vereinigung Finanz), Volksgarten (Klasse VIII a des Realgymnasiums
Wien XVI), Wimberger (Sportsektion der Firma Elin).

Samstag: Albert Sever-Saal (SPÖ Ottakring), Baumgartner
Casino (Männergesangverein der D-Werke), Bayrischer Hof (Leopold-
städter Bürgerball), Casino Zögernitz (SPÖ Döbling), Grünes Tor
(Hauptverband der Buchhändler), Hernalser Vergnügungszentrum
(Großer Masken- und Kostümball), Hofburg (Juristenball), Kolping-
haus (Reichsbund für Turnen und Sport), Kongreßhaus Wien (SPÖ,
Sektion 6 und 7), Konzerthaus (Ball der Solidarität), Kursalon
(Stadtball der ÖVP), Messepalast (Gesangverein der Tischler),
Palais Auersperg (Uhrmacher und Juweliere), Palais Festetics
(Alpenvereinssektion "Österreichischer Gebirgsverein"), Palais
Liechtenstein (17. Piratenfest des Union Yacht-Club), Parkhotel
Schönbrunn (11. Ball der Österreichischen Radiowirtschaft),

Simmeringer Hof (Wirtschaftsbund Simmering), Sofiensäle (Tiroler Ball), Weißer Engel (Penzinger Bürgerball), Wimberger (Großes Faschingsfest des Hauses Wimberger).

Sonntag: Auge Gottes (Gesangverein St. Lukas), Bayrischer Hof (Kinder-Maskenball, Nachmittag), Casino Zögernitz (Pfarre Krim), Grünes Tor (Pfarre Alservorstadt), Konzerthaus (Teenager Redoute), Schwechater Hof (Orchester der Post- und Telegraphenbediensteten), Simmeringer Hof (Ball des Michaelswerkes), Sofiensäle (Narrenabend des Wiener Männergesang-Vereines "Schatzsucher herbei"), Weißer Engel (Neu-Ottakringer Pfarr-Ball), Sokolsäle (Pfarre St. Anton), Schutzhaus Zukunft (Pfarre Heiliger Geist), Wimberger (Alpine Gesellschaft "D'Kamptaler").

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

31. Jänner (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek (SPÖ) trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Es liegt eine Anfrage der FPÖ vor.

Kleine Grenzänderung zwischen 21. und 22. Bezirk

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, eine geringfügige Änderung der Grenze zwischen dem 21. und 22. Bezirk, referiert Stadtrat Sigmund (SPÖ). Er stellt fest, daß sich auf dem Gebiet des 22. Bezirkes die Hauptschule Aderklaaer Straße befindet, die verwaltungsmäßig dem 21. Bezirk angegliedert ist und auch überwiegend von Schülern dieses Bezirkes besucht wird. Diese Umstände haben immer wieder Schwierigkeiten zur Folge, besonders auch bei der Postzustellung. Die geringfügige Änderung, der auch die beiden betroffenen Bezirksvorsteher zugestimmt haben, sieht folgendes vor: Die in der Achse der Aderklaaer Straße in westöstlicher Richtung verlaufende Grenze wird ab der Kreuzung mit dem Tegelweg geradlinig nach Osten bis zum Schnitt mit der Achse der Sebaldgasse verlängert, der sie bis zum Schnitt mit der Achse der Wagramer Straße folgt. Von hier aus verläuft der neue Grenzteil in nordöstlicher Richtung in der Achse der Wagramer Straße bis er vor dem Haus Nr. 195 in die alte Grenze mündet.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrag in erster und zweiter Lesung einstimmig die Zustimmung gegeben.

23. Novelle zum Dienstrecht

Stadtrat Bock (SPÖ) referiert sodann über die 23. Novelle zum Dienstrecht der Stadt Wien. Der Referent verweist darauf, daß der Wiener Gemeinderat im Dezember des vergangenen Jahres die vorschubweise Auszahlung einer zweiprozentigen Erhöhung der Bezüge genehmigt hat. Das heißt, die siebenprozentige Erhöhung vom 1. Mai 1963 wurde um weitere zwei Prozent auf insgesamt neun Prozent gesteigert. Die Mindestbezugserhöhung, die ursprünglich mit 150 Schilling festgesetzt war, wurde auf 200 Schilling erhöht. Durch das vorliegende Gesetz soll dieser Gemeinderatsbeschuß legalisiert werden. In die Novelle wurden auch verschiedene andere Verbesserungen eingebaut. So soll sich die Nauregelung

der Bezüge auch auf die Ruhe(Versorgungs-)genüsse auswirken und die Mindestversorgungsgenüsse sollen an die erhöhten Richtsätze des ASVG angeglichen werden. Eine weitere Änderung der Dienstordnung betrifft die Anrechnung von Vordienstzeiten für die Bemessung des Ruhegenusses. Auch die Kindergärtnerinnen betreffende Regelungen sind in der Novelle eingebaut.

Abgeordneter Maller (KLS) stellt fest, daß er bereits im Gemeinderat auf die Unzulänglichkeit der Gehaltserhöhung hingewiesen habe. Mit der heutigen 23. Novelle führe die Gemeinde Wien nur das durch, was der Bund schon vorher für die Bundesbediensteten getan hat. Die Gemeinde Wien habe aber volle Autonomie in ihrer Gehaltspolitik und auch das nötige Geld für Verbesserungen. Trotz Hochkonjunktur und trotz erheblicher Leistungssteigerungen bleiben aber die Bezüge der Gemeindebediensteten stark hinter den Lebenshaltungskosten zurück. Es kann daher kaum von einer vorbildlichen Personal- und Lohnpolitik der Stadt Wien gesprochen werden. Die Stadtverwaltung müßte endlich die ohnedies sehr maßhaltenden Forderungen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten erfüllen und dürfte sich nicht immer hinter dem Bund verschanzen. Die Kommunisten und Linksozialisten können dieser unzulänglichen Regelung daher nur unter Protest zustimmen.

Stadtrat Bock erachtet es als grundsätzlich falsch, die Personalpolitik der Gemeinde Wien als rückständig zu bezeichnen. Man brauche nur Bundesbedienstete zu fragen, die die Personalpolitik der Gemeinde Wien immer als weitaus fortschrittlicher bezeichnen.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen.

Besseres Dienst- und Besoldungsrecht der Kindergärtnerinnen

Stadtrat Bock referiert sodann über eine Gesetzesvorlage, durch die das Dienst- und Besoldungsrecht der Kindergärtnerinnen des Landes, bzw. der Stadt Wien, geregelt wird, das sogenannte Kindergärtnerinnen-Dienstrechtsüberleitungsgesetz. Durch das Bundesverfassungsgesetz vom 18. Juli 1962 wurde das Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz vom 21. April 1948 aufgehoben. Gleichzeitig wurde der Artikel 14 des Bundesverfassungsgesetzes neu geregelt. Dadurch fällt nunmehr das Dienstrecht der Kindergärtnerinnen, soweit es sich um öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse handelt, in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder. Dieser Tatsache soll

die heutige Gesetzesvorlage Rechnung tragen. Sie beinhaltet die Unterstellung der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Kindergärtnerinnen unter die Dienstordnung, ferner bezugsrechtliche Überleitungsbestimmungen und dienstrechtliche Übergangsbestimmungen.

Abgeordneter Maller (KLS) stellt fest, daß man sehr lange dazu gebraucht hat, die Kindergärtnerinnen dem Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien zu unterstellen. Dieser Schwebezustand habe dazu geführt, daß die Kindergärtnerinnen nicht wie es bei anderen sozialen Frauenberufen der Fall war, bessere Entlohnungsbestimmungen anstreben konnten. Es wäre daher dringend notwendig, jetzt für eine bessere Einreihung der Kindergärtnerinnen zu sorgen, ferner für einen längeren Urlaub und die Angleichung der Dienstzeit an die übrigen Frauenberufe. Der Redner bittet die entsprechenden Vorkehrungen für die Erfüllung dieser Wünsche zu treffen.

Abgeordneter Weisz (SPÖ) stellt fest, daß in Wien auch auf dem Krankenfürsorge-Sektor wesentlich andere Verhältnisse herrschen als in Niederösterreich. Im übrigen brachten die im Jahr 1963 zwischen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Stadt Wien getroffenen Abschlüsse wesentliche Besserungen auf dem Personalsektor mit sich. Die Verhandlungen werden jedoch weitergeführt, da die zugebilligten Abgeltungen trotzdem ungenügend erscheinen.

Es sei erfreulich, daß nunmehr die bisher bestehende Unsicherheit im Gesetz in Bezug auf die Kindergärtnerinnen beendet wird. Darüber hinaus aber muß festgestellt werden, daß die 1.037 Wiener Kindergärtnerinnen in der Praxis auch bisher so behandelt wurden wie Gemeindebedienstete, obwohl sie keine Gemeindebediensteten waren.

Im Schlußwort begründet Stadtrat Bock die kritisierten Verzögerungen damit, daß das behandelte Gesetz mit den Ausführungsbestimmungen zu den Schulgesetzen im Zusammenhang steht, die erst am 1. Februar dieses Jahres in Kraft treten.

In der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

31. Jänner (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zusammen. Es lagen je eine Anfrage der KLS und der FPÖ vor. Ferner hatte die FPÖ zwei Anträge eingebracht, und zwar betreffend "finanzielle Unterstützung des Bundes für alkoholfreie Jugenderziehung", und betreffend "verstärkten Einsatz von Autobussen auf der Linie 39 A".

Bericht über die Wasserversorgung

Stadtrat Koci (SPÖ) erstattete hierauf den bereits angekündigten Bericht über die Wasserversorgung. Der Referent gab eingangs eine Zusammenfassung der Ereignisse der letzten Tage. "Am Samstag, dem 18. Jänner, zeigte sich, daß der Behälter in Neusiedl im Steinfeld leer und in den Wiener Behältern nur eine Reserve von 188.000 Kubikmeter vorhanden war.

Am Sonntag, dem 19. Jänner, stiegen die Vorräte auf 194.000 Kubikmeter, aber schon am Montag, den 20., sind sie auf 150.000 Kubikmeter gesunken. Gleichzeitig mußte aber auch ein Rückgang der Quellschüttungen und ein beträchtliches Sinken des Grundwasserspiegels beobachtet werden. So schwankte der Pegelstand bei der Donau-Reichsbrücke zwischen 80 und 90 Zentimeter.

Der Magistrat mußte sich daher zu der für viele Bewohner unserer Stadt unangenehmen Tatsache entschließen, die Kundmachung über Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauches zu erlassen.

Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, bescheidene Behälterreserven in Wien anzusammeln und auch jene Gebiete, welche einige Tage hindurch mit Tankwagen notdürftig versorgt werden mußten, wieder durch die Hausleitungen mit Wasser zu versorgen, wenn auch nicht immer der Druck bis in die obersten Stockwerke reichte.

Ich darf nun eine kurze Übersicht über den gegenwärtigen Stand geben: Heute früh beträgt die gesamte Wasseranlieferung 412.900 Kubikmeter, der Verbrauch 398.800 Kubikmeter, das sind 257 Liter pro Kopf und die Behälterreserven in Wien beträgt 304.800 Kubikmeter. Wir hatten am Donnerstag, dem 23. Jänner, einen Gesamtverbrauch von 361.200 Kubikmeter, das sind 233 Liter pro Kopf. Die Kundmachung wurde am Freitag, dem 24. Jänner, erlassen

und wir konnten von diesem Tag an ein bescheidenes Steigen der Behälterreserve und einen Verbrauchsrückgang feststellen. War

Wenn die Wiener Bevölkerung in ihrer übergroßen Zahl auch weiterhin Disziplin halten wird, so hoffe ich, daß wir auch über diese kritische Situation hinwegkommen.

Ich habe als verantwortlicher Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen schon wiederholt Gelegenheit gehabt, dem Wiener Gemeinderat über die Probleme unserer Wasserversorgung zu berichten. Ich habe mich in ausführlichen Darlegungen während meiner Reden zu den Voranschlägen des jeweils folgenden Kalenderjahres - aber auch bei der Vorlage von Geschäftsstücken, die die Genehmigung von Bauvorhaben, welche die Magistratsabteilung 31 betroffen haben - immer wieder bemüht, die Größe der Probleme, den Umfang des bisher geleisteten, die rechtlichen Voraussetzungen und ihre Lösung, aber auch die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die bisher die Bemühungen der Stadt Wien zu großzügigen und vorausschauenden Behebungen eines Engpasses der Wasserversorgung, leider noch zu keinem vollen Erfolg geführt haben.

Aus einer großen Zahl von Zeitungsmeldungen der zurückliegenden Tage klingt aber trotz allen bisher gegebenen Erklärungen immer wieder der Vorwurf gegen die Stadtverwaltung, sie hätte sich diesem lebenswichtigen Problem zu spät oder nicht mit der nötigen Energie gewidmet. Man zweifelt vielfach immer wieder an dem Ernst, der Gründlichkeit und der Zähigkeit, mit denen an der Lösung dieser Aufgabe gearbeitet wird und glaubt, überwiegend sagen zu müssen, was man alles besser und schneller hätte machen können.

Ich sehe mich daher heute gezwungen, nicht nur dem Wiener Gemeinderat, sondern auch vor den Vertretern der Presse und gesamten Öffentlichkeit auf jene zahlreichen Details einzugehen, deren Fülle und Summe ich bisher nur in ihrem Umfang geschildert habe. Ich kann dies deshalb tun, weil meine bereits erwähnten, vielfachen Darlegungen dem Wiener Gemeinderat und der Presse bekannt sind und Ihnen am gestrigen Tag durch gründliche technische Informationen das gesamte Problem umfassend in Erinnerung gebracht wurde.

Gestatten Sie mir vorerst einen Hinweis darauf, daß die Vorarbeiten für den Bau der 1. Wiener Hochquellenleitung bereits vor dem Jahre 1859 begonnen hatten und trotzdem mit dem Bau der Leitung erst 1869, also erst nach elf Jahren begonnen werden konnte. Bei diesen Voruntersuchungen war auch die Versorgung von Wien mit Grundwasser aus der Mitterndorfer Senke geprüft worden. Doch konnte von dieser Möglichkeit nach der Schenkung des Kaiserbrunnens an die Stadt Wien Abstand genommen werden. Das Erfassen der Ergiebigkeit von Quellen, über deren Schüttung sichtbare Beobachtungen über Jahrzehnte vorher vorlagen, war auch mit den damals zur Verfügung stehenden Mitteln unvergleichlich leichter, als heute die Erfassung der Grundwasserbewegungen, selbst bei Anwendung modernster Meß- und Beobachtungsmethoden. Auch in einer weiteren Hinsicht sind die Verhältnisse jetzt unvergleichlich schwieriger geworden als zur Zeit der Planung der ersten und selbst der zweiten Hochquellenleitung mit dem Wachsen der gewerblichen Tätigkeit, vor allem aber seit der starken Industrialisierung und der extensiven Nutzung der Wasserkräfte und der Energiegewinnung, insbesondere seit dem ersten Weltkrieg; aber auch mit den steigenden wohnkulturellen Bedürfnissen nicht nur in der Stadt, sondern auch in ländlichen Gebieten, sind die Interessen Wasserberechtigter sprunghaft auf ein Vielfaches aus der Zeit vor bzw. um die Jahrhundertwende gewachsen. Zwangsläufig ergibt sich daraus, daß die Zahl jener, die in einem Wasserrechtsverfahren gehört werden müssen und dort ihre Interessen vehement vertreten, sich auf ein Vielfaches von seinerzeit vergrößert hat.

Lassen Sie mich nur ein Beispiel für viele anführen, welche bedeutende Schwierigkeiten in vielen wasserrechtlichen Verfahren zu beseitigen sind, wo Interessen der Mineralölwirtschaft berücksichtigt werden müssen. Für unsere Väter und Großväter hat dieses Problem überhaupt keine Bedeutung gehabt. Für uns ist es zu einer Kardinalfrage geworden.

Schon unmittelbar nach Überwindung der ersten Kriegsschäden hat sich die Stadtverwaltung Sorgen wegen der Deckung des künftigen Wasserbedarfs gemacht: 1948 ist die Studienkommission für die Wasserversorgung Wiens gegründet worden, in der alle beteiligten Dienststellen des Bundes, der Länder Wien und Niederösterreich,

die Gebiets- und Wirtschaftskörperschaften sowie die wissenschaftlichen Bundesanstalten vertreten sind. Diese Institution ist entsprechend ihrer Bedeutung erstmalig in ihrer Zusammensetzung. Durch die dauernde Beobachtung aller Vorarbeiten und ständige Fühlungnahme wurde es den Genehmigungsbehörden ermöglicht, das Prüfverfahren, welches sonst erst nach Einreichung eines fertigen Projektes eingeleitet wird, vorwegzunehmen. Der dadurch erzielte Zeitgewinn ist gewaltig.

Bei Umfang und Bedeutung des Projektes hat die Kommission zuerst geprüft, welche Hoffungsgebiete für eine zusätzliche Wasserversorgung der Großstadt Wien in Frage kommen. Selbstverständlich hat man sich hierbei auch jener Unterlagen bedient, die aus den Projekten von 1858 und 1881 bekannt waren. Es muß allerdings mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß diese etwa 100 Jahre alten Unterlagen nur zum geringsten Teil als brauchbar verwertet werden konnten. Die Untersuchungen, die in den Hoffungsgebieten Marchfeld, Tullnerfeld, Korneuburger Bucht und Mitterndorfer Senke durchgeführt wurden, waren nach folgenden Gesichtspunkten einzuleiten:

Auswertung der Niederschlagsmessungen ab 1891 unter Einbeziehung historischer Untersuchungen. Wasserdurchlässigkeit des Bodens, Verdunstung, Versickerung, Abflußmengen der einzelnen Flußgebiete, unter Beobachtung mehrerer Vegetationsperioden.

Besondere Untersuchungen von Trockenzeiten. - Allein im Zusammenhang mit der Untersuchung der Wasserdurchlässigkeit des Bodens und der Versickerung wurde zum Beispiel durch die Versuchsanstalt Petzenkirchen ein Gebiet von mehr als acht Quadratkilometer eingehend bearbeitet.

Weitere Feststellungen mußten getroffen werden über die Beziehungen zwischen Oberflächenabfluß und Grundwasser, über ältere Grundwassermengen, aber auch über Quellschüttungen.

Unter Auswertung des Wasserkraftkatasters wurden kennzeichnende Werte der Mittelwasserführung längerer Zeitreihen ermittelt, hydrographische und hydrometrische Arbeiten in allen Flußsystemen durchgeführt und eine Raumabflußbilanz aufgestellt.

Unter Zuhilfenahme hydrologischer Unterlagen aus dem Jahre 1893 und 1896 mußten die Zusammenhänge zwischen Grundwasser, Niederschlag und Abfluß über lange Zeiträume ermittelt werden. Hierbei hat sich zum Beispiel die interessante Feststellung ergeben, daß in ziemlich regelmäßigen Abläufen in einem Zeitraum von etwa 40 Jahren Höchstwasserstände in den Jahren 1905, bzw. 1945. zu verzeichnen waren, während etwa in der Mitte zwischen diesen beiden Maxima ein absolutes Minimum liegt. Kann man aus diesen Beobachtungen Schlüsse auf heute ziehen, so zeigt sich, daß wir uns gegenwärtig im allgemeinen Wasserhaushalt wieder in der Mitte eines Wellentales befinden.

Bedeutender Raum mußte den Untersuchungen über Grundwassererneuerung gegeben werden. Hierbei waren auch die Grundwasserführungen, die Fließzeiten, die Ganglinien, Grundwasserschichtenpläne und Spiegelschwankungen zu erheben, Farbe- bzw. Salzungsversuche durchzuführen und die Bewegung im großen, die Entzugs- und Ersatzmöglichkeiten zu prüfen.

Nach Abschluß dieser Vorarbeiten, die sich insbesondere auf allgemeine Grundlagenforschung zur Klarstellung des natürlichen Wasserhaushaltes erstrecken mußten und bei intensivster Bearbeitung einen Zeitraum von fünf Jahren erforderten, konnte im Jahre 1953 mit der Auswertung der erarbeitenden Grundlagen und Zusammenfassung zu einem generellen Projekt begonnen werden.

Zur Erstellung dieses Projektes war unter Einbeziehung der von der Besatzungsmacht vorgenommenen Erdölmutungen, ergänzend durch elektrische Profilmutungen und durch hunderte von Aufschlüssen die hydrogeologische Festlegung und Begrenzung des Grundwasserstromes in der sogenannten Küpperrinne zu treffen. Zur Bestimmung geeigneter künftiger Großentnahmestellen war eine weitgehende Ergänzung und Verdichtung des Beobachtungsnetzes nötig.

Zur besonderen Klarlegung örtlicher Verhältnisse und ihrer Auswirkung wurde eine Reihe kleinerer Pumpversuche durchgeführt. Wichtige Feststellungen mußten auch nach längeren Beobachtungen getroffen werden, ob gewisse unterirdische Beziehungen zwischen Flußläufen bestanden, über die die Abfuhr der bedeutenden Wassermengen auf den geplanten Großpumpversuchen vorgesehen waren.

Ein Nichterkennen dieser Beziehungen oder ihre Nichtverächtung hätte eine große Verfälschung der Pumpversuche bringen

müssen, da unter Umständen ein ständiger Kreislauf von und zu den Entnahmestellen eingetreten wäre.

Nach vierjähriger Arbeitszeit konnte das generelle Projekt abgeschlossen und der Obersten Wasserrechtsbehörde vorgelegt werden. Zur Beweissicherung für das eingereichte Projekt wurden durch die Wasserrechtsbehörde mehrere Großpumpversuche vorgeschrieben, die der Ermittlung der Größe der jeweils zumutbaren Entnahmemengen aus dem Einwirkungsbereich der Brunnen dienten, aber auch die Unterlagen für die Festlegung der Standorte weiterer Brunnen für den Vollausbau lieferten.

Der Beweissicherung kommt besondere Bedeutung zu, da die Auswirkungen der Entnahme großer Wassermengen auf Nutzungen aller Art, Ertrag, Recht usw. auf die Landwirtschaft, auf die Wasserwirtschaft und die Energiegewinnung in den zahlreichen Triebwerken und Kraftwerken eindeutig festgestellt werden muß.

Die Großpumpversuche müssen auch Einblick in die Wasserqualität während des Probetriebes und eine Prognose für den Dauerbetrieb unter Berücksichtigung des ermittelten Zuflusses und der Strömungsverhältnisse liefern. 1959 und 1960 wurden auf Grund der Vorerforschungen die Standorte der drei Versuchsbrunnen festgelegt und der Beschluß gefaßt, statt der ursprünglich vorgesehenen Vertikalbrunnenreihen die wesentlich günstigeren, neu entwickelten Horizontalfilterrohrbrunnen zu bauen, bei denen die Schutzgebiete kleiner sein können.

Bei den Wasserrechtsverhandlungen kamen in diesem Stadium zu Wort: Sämtliche Vertreter der Gemeinden und Institutsverwaltungen der Wasserwerksvereine an der Fische, an der Piesting, am Jesuiten- und Reisenbach, vom Kalten Gang, der Schwechat und der Triesting, das Land Niederösterreich, die niederösterreichische Landwirtschaftskammer, die Bezirksbauernkammer, die Studiengesellschaft für Atomenergie, der ärztliche Amtssachverständige, der hydrologische Amtssachverständige, der technische Amtssachverständige und zahlreiche weitere Teilnehmer. So haben in zahllosen Verhandlungen bis zu 500 Personen teilgenommen. Nur einer engelsgleichen Geduld der Vertreter der Gemeinde Wien und der Verhandlungs-

leiter ist es zu verdanken, daß bei diesem massiven Auftreten von Interessenten die Fortschritte erreicht werden konnten, die bis zum Ende des vorigen Jahres erzielt wurden. Nach dieser im Umfang und Detail noch immer bescheidenen Schilderung ist es verständlich, daß in den verschiedenen Genehmigungsverfahren in der Zeit zwischen 18. Juli 1958 und 6. Dezember 1963 mehr als 210 behördliche Entscheidungen getroffen werden mußten und einige hundert privatrechtliche Verträge für Grundinanspruchnahmen und Gestattungen verschiedenster Art abzuschließen waren.

Die Verfahren, die durchgeführt werden mußten, waren: das wasserrechtliche Verfahren, das Verfahren der Naturschutzbehörden, das baubehördliche Verfahren, das Elektrizitätsrechtliche Verfahren, das Beweissicherungsverfahren sowie die Verhandlungen über Stromlieferungen, Grunderwerb und sonstige Gestattungen.

Von den unzähligen Schwierigkeiten, die im Zuge dieser Verhandlungen zu überwinden waren, sei nur ein Beispiel angeführt, welches für das Vorhaben der dritten Wasserleitung eine zeitliche Verzögerung von **mehr als einem 3/4 Jahr** gebracht hat: In einer Verhandlung über das Projekt der Stadt Wien am 28. und 29. November 1960 hat zu Punkt 29 der Vertreter der niederösterreichischen Naturschutzbehörde festgestellt, daß die Durchführung des Pumpversuches nur nach Erwirkung einer naturschutzbehördlichen Genehmigung gestattet sei. Erst nach wiederholten Urgenzen seitens der Stadt Wien war es am 18. November 1961, also nach zehneinhalb Monaten möglich, von der Naturschutzbehörde in Niederösterreich eine Erklärung zu erhalten, daß für den Pumpversuch keine Genehmigung erforderlich sei. Durch diese Vorgangsweise wurde der Bau der dritten Wasserleitung allein um fast ein Jahr verzögert.

Wasserrechtliche Bewilligungen für den Ausbau der Probearbeiten wurden auf Grund des eingereichten Detailprojektes 1961 erteilt, die Brunnenanlagen und ihre kilometerlangen Abteilungen bis 1962 durchgeführt und im April 1963 der Pumpversuch an den drei Brunnen aufgenommen. Zur Erzielung eindeutiger Ergebnisse wurden die Brunnen sowohl einzeln als auch paarweise bzw. alle drei gleichzeitig in Betrieb genommen und Wassermengen, abgestuft zwischen 80 und 400 Liter pro Sekunde, entnommen.

Das traurige Schicksal, das unser Pumpversuch wenige Monate vor dem geplanten Abschluß im November vorigen Jahres gefunden hat, ist bekannt. Trotzdem sind die Arbeiten unserer Wasserwerke nicht

zum Stillstand gekommen. Unter Heranziehung eines Hochschul-institutes werden derzeit die bisherigen Ergebnisse ausgewertet, um weitere Unterlagen im Beweissicherungsverfahren für die Oberste Wasserrechtsbehörde zu erarbeiten.

Ich kann heute keine konkreten Termine für den Abschluß des wasserrechtlichen Verfahrens in Aussicht stellen, ich kann nur im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung versichern, daß wir im Interesse der Wiener Bevölkerung alles dazu beitragen werden, was zu einem schnellen, günstigen Abschluß der Verhandlungen führen kann.

In diesem Zusammenhang sei noch mit aller Deutlichkeit eine Feststellung wiederholt: Die Stadt Wien hat seit Beginn der Verhandlungen für die dritte Wasserleitung zu wiederholten Malen erklärt, daß sie das brennende Problem ihrer Wasserversorgung in Übereinstimmung mit den Interessen des Landes Niederösterreich und nicht gegen die Interessen zu lösen bereit ist. Wir müssen aber auch in Wahrung vitaler Interessen unserer Bevölkerung die loyale Unterstützung der Dienststellen des Landes Niederösterreich und des Bundes gegenüber unberechtigten Forderungen verlangen.

Der Stadtrat schildert dann den Weg, der zu beschreiten war, um mit dem Grundwasserwerk Lobau, das die lebensnotwendige Überbrückung bis zur Inbetriebnahme der dritten Wasserleitung bringen muß, beginnen zu können. Obwohl die Bedeutung und der Umfang dieses Werkes nicht an die Werke der dritten Wasserleitung heranreichen und das Brunnenschutzgebiet in der Lobau weitab von menschlichen Ansiedlungen liegt, sind seit dem ersten Antrag unserer Wasserwerke auf Festlegung eines Schutzgebietes bis zum heutigen Tage vier Jahre vergangen. Aber bereits 1958 hatten auch hier die Vorarbeiten der Wiener Wasserwerke begonnen, also zu einer Zeit, als man den Berg von Schwierigkeiten, der sich für das Projekt der dritten Wasserleitung zu türmen begann, erst ahnen konnte.

Auch hier konnten wieder jene Kreise, die sich am Schluß einer langen mühevollen Entwicklung zurückblickend immer wieder berechtigt fühlen zu sagen: man hätte können, man hätte müssen - fragen: warum nicht früher? Auch hier ein offenes Wort: Der Entschluß der Stadt Wien, in der Lobau ein Grundwasserwerk zu errichten, war im Hinblick auf die oberstromliegenden Anlagen der Öster-

reichischen Mineralölverwaltung kein leichter. Obwohl nach den Überlegungen unserer Techniker nach menschlichem Ermessen keine Gefahr für das Grundwasserwerk gegeben ist, ist verständlich, daß man diesen letzten Ausweg für die Beschaffung von Trinkwasser aus dem Gebiet des Bundeslandes Wien erst dann beschritten hat, als sich dem günstigeren Bezug aus Niederösterreich die bis heute nicht überwindbaren Schwierigkeiten entgegenstellten.

Mögen alle jene, die die Lebenssorgen der Großstadt aus zu engem örtlichen Blickwinkel sehen, darin den Beweis erblicken, daß die Gemeinde Wien bis zur Grenze des überhaupt Möglichen gegangen ist. Um aber auch nicht Gefahr zu laufen, daß man uns nun wieder Vorwürfe macht, man würde ein zu großes Risiko in der Lobau eingehen, sei klar festgestellt, daß durch ständige Beobachtungen im Einzugsgebiet des Grundwasserwerkes, aber auch durch ständige Überprüfung der Wassergüte der Brunnenanlagen durch die Gesundheitsbehörden jede gesundheitliche Gefährdung der Wiener Bevölkerung vollkommen ausgeschlossen ist. Bedeutende Schwierigkeiten sind durch die Österreichische Mineralölverwaltung und durch die Verwaltung der Bundesforste entstanden, und die letzte Wasserrechtsverhandlung, die am 3. Dezember 1963 an Ort und Stelle in Anwesenheit von 54 Teilnehmern durchgeführt wurde, hat von neun Uhr früh bis 21 Uhr am Abend, also zwölf Stunden, gedauert. Die Geduld unserer Herren und ihre Ausdauer wurden aber mit einem großen Erfolg für Wien belohnt und ich kann heute dem Hohen Gemeinderat die Mitteilung machen, daß wir gestern den Bescheid der Obersten Wasserrechtsbehörde, mit der grundsätzlichen Genehmigung zur Errichtung des Grundwasserwerkes Lobau erhalten haben. (Beifall.)

Darüberhinaus kann noch darauf hingewiesen werden, daß die Ausschreibung für die Bauarbeiten zur Errichtung eines großen Wasserbehälters in der Lobau und für die zirka 15 Kilometer langen Transportleitungen zur Stadt vor dem Abschluß stehen, sodaß der Beginn der Bauarbeiten nach dem Ende des Winters sichergestellt ist. Bei der Bewertung der eingelangten Angebote werden auch die von den Firmen angebotenen Bauzeiten eine gewichtige Rolle spielen.

Obwohl ich dem Wiener Gemeinderat schon in früheren Darlegungen berichtet habe, daß die bedeutenden Sorgen, die unserer Wasserversorgung in den letzten Jahren entstanden, zum größten Teil auf klimatologische Verhältnisse zurückzuführen sind, wurde diese

Begründung von manchen Seiten mit beißender Ironie abgetan. Dazu nur einige eindringliche Zahlen: Die Niederschlagsbilanz in Österreich innerhalb der letzten vier Jahre ist gegenüber dem 100jährigen Mittel von 650 Millimeter Niederschlagshöhe pro Jahr um 16 Prozent geringer. Aus rund 17.000 Grundwassermessungen, die am linken Ufer der Donau durchgeführt wurden, ergibt sich, daß in den letzten Jahren eine Senkung des Grundwasserspiegels von 0.70 bis 1.50 Meter eingetreten ist. Dieses bedeutende Absinken des Grundwasserspiegels aber auch das vielfach beobachtete Zurückgehen der Quellen ist eine Erscheinung, die sich nicht nur etwa auf Wien oder seine Umgebung beschränkt. Der Bericht der Münchner Stadtwerke für das Jahr 1962 besagt, daß der Grundwasserstand in der bayrischen Ebene um durchschnittlich 70 Zentimeter gefallen ist und nunmehr 1.50 Meter unter dem 60jährigen Mittel liegt. Viele ähnliche Meldungen kommen aus allen Ländern Europas. Überall werden die größten Anstrengungen zur Überwindung der damit gegebenen bedeutenden Schwierigkeiten für die Alimentierung der großen Städte gemacht.

Abschließend sei noch daran erinnert, daß der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 30. Juni 1961 eine Sachkreditgenehmigung von 140 Millionen Schilling für den Bau des Grundwasserwerkes Lobau mit allen dazugehörenden Anlagen, Zubringer- und Verbindungsleitungen beschlossen hat, und ich kann heute - nachdem wir den zustimmenden Bescheid zur Errichtung dieses Grundwasserwerkes von der Obersten Wasserrechtsbehörde erhalten haben - die Versicherung abgeben, daß von seiten der Gemeinde Wien in finanzieller sowie in technischer Hinsicht alles unternommen wird, um mit dem Bau ehestens zu beginnen, um der Wiener Bevölkerung das kostbare Wasser zuzuführen. Durch den Pumpversuch und durch Auflagen der Obersten Wasserrechtsbehörde hat sich das Projekt erweitert und statt dem bereits genehmigten Sachkredit von 140 Millionen Schilling das Projekt heute auf 212 Millionen Schilling geschätzt wird. Stadtrat Koci gibt namens des Bürgermeisters sowie des Finanzreferenten die Versicherung ab, daß die rascheste Errichtung dieses Grundwasserwerkes an den finanziellen Mitteln nicht scheitern wird. Zum großen Teil wird der Bau von der Leistungsfähigkeit der Baufirmen abhängen.

Abschließend appellierte er an alle Mitglieder des Gemeinderates: "Lassen Sie uns endlich alle zusammenhelfen, daß in der Bundeshauptstadt Wien diese Schwierigkeiten bald zur Gänze beseitigt werden können!" (Beifall bei der SPÖ.)

Die Wasserdebatte

Als erster Debattenredner betont GR. Maller (KLS), daß die Stadtverwaltung schon seit vielen Jahren gewußt habe, daß es zahllose Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wasserversorgung gibt und Wien einer Wasserkrise entgegengeht. Anscheinend aber habe man die Entwicklung unterschätzt. Heute seien wir soweit, daß der Wassernotstand als normal angesehen wird und unter den gegebenen Umständen auch als normal angesehen werden muß.

Es gibt in Wien alle möglichen Einrichtungen, so fährt GR. Maller fort, wir haben ein Bellevue-Restaurant, einen Kursalon, ja sogar einen Donauturm, aber wir haben kein Wasser (Zwischenrufe und Proteste). Im Sommer redet man sich auf die Hitze aus, im Winter auf die Kälte. Eine verantwortungsbewußte Stadtverwaltung aber müsse dafür sorgen, daß zu jeder Jahreszeit genügend Wasser zur Verfügung steht.

Mit der Hebung des Lebensstandards steige selbstverständlich auch der Wasserverbrauch. Es sei falsch und deplaciert, den Wienern Verschwendung vorzuwerfen. Vor allem im Winter fällt es niemandem ein, mit Wasser verschwenderisch umzugehen. Was soll also der Vorwurf, die Bevölkerung treibe Mißbrauch mit dem Wasser? Es sei zweifellos notwendig, defekte Leitungen und Hähne zu reparieren. Damit allein aber könne das Problem nicht gelöst werden. Wenn das so einfach wäre, dann brachten wir ja keine dritte Wasserleitung. Viel wichtiger sei es, die defekte Politik zu reparieren, jene Politik, die durch den bekannten Ausspruch gekennzeichnet ist: Beim Bau von Wasserleitungen wird das Geld nur vergraben!

Im weiteren weist GR. Maller darauf hin, daß die SPÖ den Führungsanspruch in Österreich stelle. Im Rathaus habe sie die Führung und trage daher auch die Hauptverantwortung für alles. Bisher aber sei kein einziges lebenswichtiges Problem in Wien gelöst worden. (Proteste bei der SPÖ.) Neben der Wassernot gebe es auch eine Spitalsbettennot, eine Wohnungsnot, einen Mangel an Straßenbahnen und Autobussen und zahllose andere Probleme. Keines davon sei gelöst worden.

Es gäbe Großstädte, die eine ungünstigere Lage aufweisen und weniger Wasser besitzen als Wien, aber trotzdem die Versorgung sicherstellen. Dazu gehöre zum Beispiel Moskau. Dort betrug der Wasserverbrauch pro Kopf und Tag im Jahr 1917 84 Liter, bei einer Einwohnerzahl von 1,5 Millionen. Bis heute ist die Einwohnerzahl Moskaus auf mehr als das Vierfache gestiegen, der Wasserverbrauch betrug 1962 592 Liter pro Tag und Kopf. Trotzdem kenne man in Moskau keine Wassernot.

Sodann zitiert GR. Maller zahlreiche Daten aus einer Liste, die die Zeitspanne zwischen 1947 und 1960 umfaßt und, wie er sagt, deutlich zeige, daß wir in Wien in diesen Jahren niemals aus der Wassernot herausgekommen sind.

Abschließend stellt GR. Maller einen Antrag, in dem die Beschleunigung des Baues einer dritten Wasserleitung und des Grundwasserwerkes Lobau verlangt wird. Ferner heißt es darin, daß unverzüglich Untersuchungen durchgeführt werden sollen, um auf Wiener Gebiet neue Grundwasservorkommen festzustellen und zu erschließen. Außerdem sollen sofort Maßnahmen getroffen werden, um die bestehenden Grundwasserwerke so weit wie möglich auszubauen und leistungsfähiger zu machen. Schließlich soll, so wird in dem Antrag verlangt, der zuständige Stadtrat verpflichtet werden, dem Gemeinderat vierteljährlich über den Stand dieser Arbeiten zu berichten und beim Auftauchen von Schwierigkeiten und Verzögerungen sofort mitzuteilen, wer daran Schuld sei.

GR. Fucik (SPÖ) stellt fest, daß sowohl aus dem heutigen Bericht des Amtsführenden Stadtrates und aus verschiedenen Berichten der vergangenen Jahre zu entnehmen war, daß die Gemeindeverwaltung auf keinem anderen Gebiet von so vielen unbeeinflussbaren Faktoren abhängig ist, wie in der Wasserversorgung. Auch die heutigen Ausführungen von Stadtrat Koci waren aufschlußreich und haben auch jene Gemeinderatsmitglieder, die sich vielleicht nicht so eingehend mit der Materie beschäftigt haben, ausreichend informiert. Die Sozialistische Fraktion des Wiener Gemeinderates hat die gegenwärtige Situation beraten und legt nunmehr einen Beschlusantrag der Gemeinderäte Fucik, Schreiber und Genossen vor, um dessen Annahme der Redner ersucht. In dem Antrag wird festgestellt, "daß es durch die abnormal trockene Witterung dieses Winters innerhalb der Stadt Wien zu Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wasserversorgung gekommen ist.

An zwei Tagen der vergangenen Woche hat in einigen hochgelegenen Bezirksteilen der Druck innerhalb des Rohrnetzes nachgelassen, sodaß eine empfindliche Versorgungslücke entstanden ist.

Die unterfertigten Gemeinderäte sind der Ansicht, daß es den Interessen der Bevölkerung zuwiderläuft, wenn Schwierigkeiten in der Wasserversorgung zum Gegenstand gehässiger politischer Polemik gemacht werden. Sie verweisen darauf, daß im letzten Jahrzehnt mehr als 300 Millionen Schilling für den Ausbau der Wiener Wasserversorgung aufgewendet wurden und daß in Verbindung mit der unermüdlichen und zielstrebigem Tätigkeit der Arbeiter und Angestellten der Wiener Wasserwerke eine zusätzliche Wassermenge von 130.000 Kubikmeter täglich, was die Förderung der Ersten Hochquellenwasserleitung übertrifft, gewonnen werden konnte.

Durch den ständig steigenden Wasserbedarf ergibt sich die Notwendigkeit, diese Anstrengungen im verstärkten Ausmaß fortzusetzen. Gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien stellen die Unterzeichner folgenden Beschluß (Resolutions)antrag: Der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe VIII wird ersucht, auf eine Beschleunigung der bei der Obersten Wasserrechtsbehörde vorliegenden Bewilligungsverfahren für die Entnahme zusätzlichen Wassers hinzuwirken. Für Notzeiten, die in besonderen Witterungsverhältnissen ihre Ursache haben, soll die Bewilligung von zusätzlichen Notkonsensen abgestrebt werden. Die Wiener Industriebetriebe sollen, soweit Grundwasservorkommen vorhanden sind, eigene Wasserversorgungsanlagen einrichten, wobei sich die Stadt Wien bereit erklären soll, bei der Schaffung derartiger Anlagen mitzuwirken. Die Bevölkerung wird ersucht, bei auftretenden Versorgungsschwierigkeiten beim Verbrauch von Wasser Disziplin zu halten. Dieses Ersuchen ist auch an jene Gemeinden zu richten, deren Versorgung durch die Wiener Wasserwerke erfolgt. Der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII wird aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine weitere Verbesserung der Wiener Wasserversorgung zu erreichen. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuß VIII beantragt." (Beifall bei der SPÖ).

GR. Peter (FPÖ) dankt zunächst dem Bürgermeister dafür, daß er diese Sitzung ermöglicht hat, und erklärt: Die Wassersparmaßnahmen, die sich von Jahr zu Jahr steigern, sind keine Ehre für unsere Stadt, und die Befürchtungen in der Bevölkerung haben ihre volle Berechtigung. Leider hat der Stadtrat in seinem Bericht nichts Neues gesagt, vor allem hat er nichts darüber gesagt, wie man diese augenblickliche prekäre Situation verbessern könnte, was man im Augenblick machen könnte, damit es nicht vielleicht in der nächsten Zeit wieder zu derartigen Katastrophenzuständen kommt. Wir müssen warten und wieder warten: auf Bewilligungen, auf Versuche und Ergebnisse, so wie schon die letzten zehn und mehr Jahre.

Diese prekäre Situation, die der Fremdenverkehrsstadt Wien sehr abträglich ist, ist so bedauerlich, daß hier offene Worte gesprochen werden müssen. Man hat schon davon gesprochen, daß Seuchengefahr besteht, wenn noch weniger Wasser zur Verfügung steht, es wurde davor gewarnt, daß die Durchlauferhitzer explodieren können. Natürlich hat die Bevölkerung dann Angst, und natürlich wird der Fremde nicht in eine Stadt reisen, wo die Zeitungen von solchen Gefahren schreiben.

Welche sind nun die Schwierigkeiten? Da gibt es technische, rechtliche und vor allem politische Schwierigkeiten. Die Bevölkerung denkt natürlich viel einfacher. Sie schimpft, und sie hat ein Recht zu schimpfen. In Innsbruck wurden alle Schwierigkeiten bis zum vorgesehenen Termin gelöst. Das soll uns gerade in diesen Tagen als Beispiel dienen. Wenn wir alle zusammenarbeiten und zusammenhelfen, und wenn ein Termin als bewegender Motor dahintersteht, dann wird man mit den Schwierigkeiten fertig.

Die erste Wiener Hochquellwasserleitung war in zwölf Jahren fertig, bei der zweiten dauerten die Vorbereitungsarbeiten sechs Jahre, die Bauzeit elf Jahre. Heute müssen wir mit Bedauern feststellen, daß in dieser hochentwickelten Zeit bereits jetzt 17 Jahre vergangen sind und wir noch gar nicht wissen, wann die dritte Wasserleitung fertiggestellt werden kann. Man wird vielleicht schon am Mond sein und dort vielleicht versuchen, Mineralien zu finden, aber wir werden vielleicht noch immer an dieser Wasserleitung projektieren und bauen.

Um die Jahrhundertwende betrug im Durchschnitt der Tagesverbrauch pro Kopf 140 Liter, derzeit liegt er bei ungefähr

280 bis 300 Liter je Kopf und Tag; das ist eine Steigerung um das Zweieinhalb- bis Dreifache. Diese Entwicklung konnte man voraussehen und hat man auch vorausgesehen. Bereits 1947 wurde eine Studiengesellschaft für die Wasserversorgung Wiens gegründet. Das war vor genau 17 Jahren, und 17 Jahre sind gerade jene Zeit, in der man die zweite Wasserleitung projektiert und komplett fertiggebaut hat. Seit 1957 wird das Grundwasser in der Lobau untersucht. Das sind auch wieder sieben Jahre her. Daß dabei die Wiener etwas ungeduldig werden, ist nicht verwunderlich. Man spricht immer wieder von den Schwierigkeiten, aber die Wiener wollen ja Wasser, und Menschen, die Schwierigkeiten machen, wenn es sich um solche Probleme handelt, gehören eigentlich nicht mehr in die heutige Zeit. Man hat noch eine andere Ausrede, man sagt, auch andere Städte haben solche Schwierigkeiten - aber es werden dabei nicht jene Städte genannt, die keine solchen Schwierigkeiten haben.

Der Redner kommt dann auf die politischen Schwierigkeiten zu sprechen. Er zitiert dabei einen Leitartikel der Arbeiter-Zeitung, wo es heißt, daß die Wassernot in Wien nicht zu einem Politikum gemacht werden soll, wo aber kurz darauf ein gewaltiger Seitenhieb auf die ÖVP geführt wird. Man kann es aufs Wort glauben, daß die Herren der niederösterreichischen ÖVP Schwierigkeiten machen. Die waren auf das rote Wien schon seit altersher nicht gut zu sprechen, warum sollen sich diese Ökonomieräte der ÖVP auf einmal geändert haben. Aber die Sache ist ernst, wenn man bedenkt, daß die Leidtragenden einer solchen Koalitionsentbrüderung die Wiener sind. Man möchte fast sagen, die Wiener Bevölkerung muß das Bad ausgießen - wenn das Wasser dazu nicht fehlte. Wenn diese Ökonomieräte in einer Sitzung gesagt haben, das niederösterreichische Wasser gehöre ihnen, dann müssen wir sagen, daß sehr viel Wasser aus den Wiener Hochquellenleitungen auch an niederösterreichische Gemeinden abgegeben wird. Das ist ein Beweis dafür, daß diese Frage nicht im Koalitionsstreit gelöst werden kann, sondern nur, wenn man aus der Wassernot der Wiener kein Politikum macht und wenn so wie in Innsbruck alle an einem Strang ziehen und alle einsehen, daß es hier keine politischen Domänen gibt, sondern eine fleißige, arbeitsame Bevölkerung ein Recht darauf hat, mit dem Lebensnotwendigsten, und dazu gehört nun einmal das Wasser, versorgt zu werden. ./.

Die Ursachen liegen also darin, daß mit den Planungen und Vorarbeiten zu spät begonnen wurde, sie liegen an den nicht vorgesehen Schwierigkeiten der ÖVP oder ihrer Vertreter in den niederösterreichischen Stellen und schließlich im Fehlen eines Dringlichkeitsplanes.

GR. Peter bringt einen Antrag ein, nach dem der Amtsführende Stadtrat beauftragt werden soll, im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Stellen umgehend einen Plan über die Möglichkeiten zur Errichtung einer Nutzwasserleitung für Industrie und Gewerbe vorzulegen, damit die derzeit nicht mehr ausreichende Trinkwasserversorgungsanlage entlastet und auch in Hinkunft der Bedarf der Wiener Bevölkerung an gutem Trinkwasser sichergestellt werden kann.

Nochmals möchte er betonen, daß mit seinem Antrag den Fachleuten das Wort gegeben worden sei, denn wir Politiker sind hier nicht Fachleute. Wir wollen mit diesem Antrag nur, daß über diese Frage gesprochen wird.

Zum Schluß: Wir haben immer gewarnt vor der Entwicklung, die eintreten wird. Er appelliere an alle, die Wasserversorgung Wiens aus dem politischen Tagesstreit herauszunehmen und mit allen Kräften dafür zusammenzuarbeiten, daß Wien auch in dieser Beziehung eine fortschrittliche, eine moderne und eine gesunde Stadt bleibt.

GR. Mühlhauser (ÖVP) wendet sich dagegen, daß die Mehrheit des Hauses den Wienern die Schuld an der Wassernot anlaste. Man bezichtige die Wiener der Verschwendung und redet sich auf die Kälte im Winter und auf die Trockenheit im Sommer aus.

Die ÖVP bedaure die Situation und sei nicht schadenfroh. Aber man solle nicht den Wienern die Schuld geben, sondern ehrlich sagen, wo die Versäumnisse gelegen sind. Der Redner betont auch, daß die Wasserversorgung seit Kriegsende immer Mandataren der SPÖ unterstand, den Stadträten Novy, Jonas, Thaller und jetzt Koci. Seine Fraktion habe rechtzeitig vor der Wassermisere gewarnt und rechtzeitig Anträge gestellt. Es muß selbstverständlich sein, daß man baden kann, wer will, und Autowaschen und Gartenspritzen, ohne daß man deswegen als Wlksschädling bezeichnet wird. Es muß auch selbstverständlich sein, daß man der Wirtschaft keine Beschränkungen in der Produktion auferlegt, von der man auf der anderen Seite jährlich 750 Millionen an Gewerbesteuer einnimmt.

GR. Mühlhauser unterstreicht die großartigen Aufbauleistungen in Wien, an denen alle mitgearbeitet haben. Leider aber wurde zugunsten optischer Effekte gegen die Rangordnung verstoßen. An der Spitze dieser Rangordnung steht die Sicherung der lebenswichtigen Grundlagen, die Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas und selbstverständlich auch mit Wasser. Man wird vielleicht heute hören, auch in anderen europäischen Städten gibt es eine Wassernot. In Wien aber darf es keine Wassernot geben. Wir könnten es in diesem Sommer erleben, daß zwar die Wasserversorgung für den Donaupark durch eigene Brunnen gesichert ist, daß aber die Besucher der WIG in ihren Hotelzimmer auf dem Trockenen sitzen.

Die Fachleute haben immer gewarnt, aber die verantwortlichen Politiker haben diese Warnung nicht zur Kenntnis genommen, obwohl die ÖVP immer wieder einen großzügigen Ausbau der Wasserversorgung verlängert hat. Der Redner verweist darauf, daß bereits 1946 das Handelsministerium Wien und Niederösterreich aufgefordert habe, miteinander Kontakt wegen des Ausbaues der Wiener Wasserversorgung aufzunehmen. Hätte man diesen Kontakt gepflegt, dann wären heute vermutlich alle Schwierigkeiten beigelegt. 1947 fand die Gründungssitzung der Studienkommission für die Wasserversorgung Wiens statt. Schon damals stellte die Kommission fest, daß die Wasserversorgung nur durch eine dritte Wasserleitung gesichert werden könne, und daß man mit einem täglichen Verbrauch pro Kopf von 225 bis 300 Liter rechnen müsse. Die Studienkommission hat auch andere wichtige Vorschläge gemacht und Grundlagen erarbeitet. Gleichzeitig aber hat die Gemeinde Wien die Kommission finanziell verhungern lassen. Hier wurden große Versäumnisse und große Sünden begangen.

Der Redner stellt mit aller Deutlichkeit fest, daß es nicht die leitenden Beamten der Wasserwerke waren, die die verfahrenere Situation herbeigeführt haben, sondern daß die verantwortlichen Politiker daran schuld tragen. Er zitiert in diesem Zusammenhang einen Antrag der ÖVP aus dem Jahr 1947, in dem verlangt wurde, die Vorarbeiten für die dritte Wasserleitung ehestens zu beginnen. 1950 machte allerdings der damalige Stadtrat Jones die Mitteilung, daß die Wiener Bevölkerung auf dem Gebiet der Wasserversorgung keine Probleme mehr vor sich sieht, und Stadtrat Koci erklärte 1955, er hätte einen Vorschlag, wie zusätzlich Wasser gewonnen werden könnte; wenn die Wiener weniger Wasser verpritscheln! Hier wurde zum erstenmal gesagt, daß die Wiener schuld sind.

Vizebürgermeister Slayik habe erklärt, für die Sicherung der Wiener Wasserversorgung gebe es keinerlei finanzielle Probleme. Demgegenüber hörte man von Stadtrat Koci, daß die finanzielle Lage der Stadt es bisher nicht möglich machte, alle notwendigen Erhaltungsarbeiten an den Versorgungsanlagen durchzuführen.

Abschließend meint GR. Mühlhauser, Wien müsse endlich zu einer Rangordnung bei der Bewältigung kommunaler Probleme kommen. Er wolle keinen Antrag einbringen, aber seine Partei habe ein Sofort-Programm, das den Fachleuten überwiesen werden soll. Gestern hat der Leiter der Wasserwerke die gigantischen Leistungen unserer Vorfahren erwähnt, es wäre doch beschämend für uns, wenn wir im Zeitalter der Technik weniger leisten als unsere Vorfahren, weil eine kurzsichtige Tagespolitik es verhindert, daß diese dringenden Probleme gelöst werden. Es gibt nur eine Parole: mehr Wasser für Wien!

Der nächste Debattenredner, GR. Marek (SPÖ) weist auf die Sachlichkeit in den Ausführungen des Berichterstatters und des sozialistischen Debattenredners hin und bedauert, daß der Beitrag des ÖVP-Redners nicht ebenso sachlich gehalten war. Es zeige sich, daß die ÖVP nicht bereit sei, sachlich zu argumentieren. Hier ist zunächst zu betonen, daß die Wiener Bevölkerung niemals dafür verantwortlich gemacht wurde, daß es in Wien zu wenig Wasser gibt, wie GR. Mühlhauser behauptet hat. Es könne doch nicht im Ernst behauptet werden, man schiebe den Wienern die Schuld daran zu, daß die Quellschüttung zu gering ist. Die Natur hat uns einen üblen Streich gespielt - das sei eine Tatsache, die auch die Landwirtschaft bezeugen kann. Ferner: Vizebürgermeister Slavik habe nicht erst jetzt, sondern auch schon früher erklärt, daß die Lösung des Problems nicht an finanziellen Fragen scheitere, sondern zuerst neue Wasservorkommen erschlossen werden müssen.

Im übrigen ist das Wasserproblem nicht nur ein Wiener, sondern ein europäisches Problem. In zahlreichen anderen Städten gibt es gleichfalls Wassersorgen, so zum Beispiel in Wiesbaden, in Frankfurt am Main, in Chemnitz (jetzt Karl Marx-Stadt) usw. In Luxemburg und in anderen europäischen Ländern zeichnen sich bereits große Gefahren ab, die unter anderem durch das Sinken des Grundwasserspiegels hervorgerufen werden. Aber auch außerhalb Europas gibt es Schwierigkeiten mit dem Wasser. New York zum Beispiel mußte ähnliche Sparmaßnahmen wie Wien verfügen, in Tokio herrscht Wassermangel usw. ./.

Aber nicht nur gegen die unsachlichen Argumente des Koalitionspartners müsse man sich wenden, sondern auch gegen die Unsachlichkeit und vor allem die Panikmache, zu der verschiedene Zeitungen die Wassernot ausnützen. Der Presse kommt in der Demokratie eine bedeutende Rolle zu. Sie hat unter anderem die Aufgabe, zu kritisieren, aber diese Kritik muß sachlich und mit Vorschlägen verbunden sein, wie man es besser machen könnte.

Die Politiker brauchen vor allem in Notzeiten die Unterstützung der Presse, um die Bevölkerung entsprechend informieren zu können. Umso mehr müssen alle jene Presseberichte verurteilt werden, die ein Problem unsachlich darstellen. Besonders bedauerlich sei es, daß die Presse der Koalitionspartei sogar Bürgermeister Jonas in die Debatte hineingezogen hat. Es ist äußerst diffamierend, wenn man den verantwortungsbewußten Appell des Bürgermeisters an die Bevölkerung so darstellt, als verhöhne er Verdurstende.

Eine Wiener Zeitung, die Kronen-Zeitung, benützt die Wassermisere dazu, ihren Lesern eine Sonderaufgabe zu stellen. Die Leser werden aufgefordert, ihren Ärger in Form von Gedichten abzureagieren. Diese Gedichte werden honoriert und täglich veröffentlicht. In einem solchen Gedicht werden zum Beispiel die gewählten Gemeinderatsmitglieder als "Rathausbuam" bezeichnet. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß eine Zeitung solche Exzesse fördere. (Zwischenruf von Stadtrat Bauer: Noch dazu eine Zeitung, die Ihnen nahesteht!) Das höre ich zum erstenmal, das ist mir wirklich neu, beantwortet GR. Marek den Zwischenruf.

Die Presse ist mit den Politikern unzufrieden. Sie beklagt sich, daß sie von den Politikern nicht gut behandelt wird. Es ist jedoch als schändlich zu bezeichnen, wenn man beleidigt ist und gleichzeitig Beleidigungen ausspricht, wie es manche Zeitungen tun. So beklagt sich zum Beispiel der Chefredakteur der Wochenpresse, Flajnik, daß verschiedene Zeitungen von den Politikern beleidigt worden seien. Einige Seiten später aber bringt diesselbe Nummer dieses Blattes einen Artikel unter dem Titel "Der gute alte Franz", der eine Verhöhnung unseres Bürgermeisters darstellt.

Abschließend trägt GR. Marek die Bitte vor, die menschliche Form bei der Diskussion zu wahren. Er betont, daß diese Bitte sich nicht nur an die Zeitungen richtet, sondern auch an die ÖVP. ./.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) stellt fest, daß sie nach den nicht immer zur Sache gehörenden Ausführungen von GR. Marek an die Worte von GR. Mühlhauser anknüpfen möchte, die aufzeigten, welche Vorschläge die ÖVP in den vergangenen Jahren zur Beseitigung der Wassernot immer wieder gemacht hat. Die Bevölkerung interessiert nämlich einzig die Frage, ob die Wassermisere immer so weitergehen wird oder ob man endlich etwas tut, um dieser katastrophalen Situation zu begegnen. Man war von Schrecken erfüllt, als man in verschiedenen Straßen die städtischen Tankwagen sah und die Menschen, die sich oft stundenlang um Wasser anstellen mußten. Besonders für die berufstätigen Frauen, die müde von der Arbeit heimkamen, war es eine ungeheure Belastung, sich dann noch um das notwendige Wasser kümmern zu müssen. Für viele dieser Frauen gab es dann noch das Problem, daß ihre Kinder frühzeitig aus der Schule heimgeschickt wurden, weil auch dort kein Wasser vorhanden war und die sanitären Anlagen ausfielen. Es waren verantwortungsbewußte Pädagogen, die einer Seuchengefahr vorbeugen wollten und die Kinder heimschickten. (Zwischenruf Dr. Jakl: Von Seuchengefahr zu sprechen, war ausgesprochen Panikmacherei!) Es wird wohl keine Panikmacherei gewesen sein, wenn der zuständige Präsident des Wiener Stadtschulrates den Auftrag gegeben hat, die Kinder jener Schulen früher nach Hause zu schicken, in denen kein Wasser ist. (In lebhaften Zwischenrufen der Sozialisten wird festgestellt, daß man nicht das berechtigte frühere Heimschicken der Kinder als Panikmacherei bezeichnet hat, sondern den ständigen Hinweis der Vertreter der ÖVP auf eine Seuchengefahr.) Die heimgeschickten Kinder haben dann aber vielfach auch zu Hause keine funktionierenden sanitären Anlagen vorgefunden. Viele tausende Hausfrauen sind hier wirklich vor einem schwierigen Problem gestanden. (GR. Windisch: Glauben Sie, wir wissen das nicht?) GR. Hiltl stellt fest, daß es umso bedauerlicher sei, wenn die Sozialisten von diesem Wassernotstand wissen, aber nichts für seine Behebung tun. (GR. Windisch: Dann reden Sie mit den Niederösterreichern, mit Ihren Parteifreunden. Wenn die verhandlungsbereit wären, hätten wir schon längst mehr Wasser!) Die Rednerin ersucht, in den Zwischenrufen weniger demagogisch zu sein, denn es wurde heute bereits darauf verwiesen, daß Niederösterreich zu Verhandlungen bereit gewesen sei. Man hätte bereits im Jahre 1947 von der ÖVP gemachte Vorschläge zur Behebung der Wassernot berück-

sichtigen müssen. Die Wiener Bevölkerung würde dann heute nicht vor einer solchen Katastrophensituation stehen. (GR. Dr. Stemmer: sind die 130.000 Kubikmeter nichts, die zusätzlich herangeschafft werden. Das entspricht der Leistung einer ganzen Wasserleitung.) GR. Hiltl stellt fest, daß, wie die jetzige Lage beweist, auch diese zusätzlichen 130.000 Kubikmeter nicht ausreichend sind. (GR. Dr. Gisel: Wir sind doch keine Zauberer! Wir werden einen Indier holen, der Regen herbeizaubert.) GR. Hiltl: So billig können Sie das der Wiener Bevölkerung nicht erklären. (Widerspruch bei der SPÖ. GR. Hans Mayr: So dumm, wie Sie glauben, ist die Wiener Bevölkerung nicht!) GR. Eleonora Hiltl ersucht den Bürgermeister, GR. Mayr zur Ordnung zu rufen, da sie sich von ihm nicht sagen lassen müßte, so dumm wie sie, sei die Wiener Bevölkerung nicht. (GR. Dr. Stemmer: Sie haben nicht richtig gehört, das hat er gar nicht gesagt). Nach einem Abebben der Zwischenrufe stellt GR. Hiltl fest, daß man die Sorge um das Wasser nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfte. Es müßte Entscheidendes zur Behebung der Wassermisere getan und auch ein Konzept ausgearbeitet werden, wie in Katastrophenfällen ein Wassernoteinsatz besser organisiert werden kann. In manchen Bezirken war die Lage katastrophal. Man hat wohl erfahren, daß ein Tankwagen fährt, aber nicht wann und wo, sodaß sich viele stundenlang und oftmals vergeblich, angestellt haben. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Tankwagen war viel zu gering. Gerade die Sozialisten verweisen immer mit Stolz auf die Tatsache, daß die Gemeindewohnungen über ein Bad und einen Durchlauferhitzer verfügen. Was nützen aber diese Einrichtungen, wenn man sie nicht verwenden kann, weil kein Wasser vorhanden ist. Kritisch und gefährlich war die Situation auch in manchen Spitälern. Besonders gefährlich war der durch die Wassernot bedingte Ausfall der Desinfektionsanstalt im dritten Bezirk. Gerade in Zeiten mit Wassermangel sei die Gefahr einer Seuche besonders groß. Stadtrat Dr. Glück hat sofort die Initiative ergriffen und Maßnahmen getroffen, daß ein in der Desinfektionsanstalt während der Kriegsjahre gebauter, aber später wieder zugeschütteter Brunnen, neu erschlossen wird. Es sei überhaupt unbegründlich, daß die Wiener Wasserwerke solche vorhandenen Brunnen haben zubetonieren lassen. (Heller: wo sind denn diese Brunnen und wo ist der Auftrag der Wasserwerke für ihre Stilllegung?)

Abschließend dankt die Rednerin der Wiener Bevölkerung für die Einhaltung der Sparmaßnahmen und der Wiener Feuerwehr für ihren Einsatz zur Wasserversorgung der Spitäler.

Die Stadtverwaltung müßte geeignete Maßnahmen unternehmen, daß so kritische Wassersituationen nicht mehr eintreten können.

Bürgermeister Jonas ergreift als Vorsitzender das Wort und stellt fest, daß Frau GR. Hiltl das Ersuchen an ihn gerichtet habe, GR. Hans Mayr zur Ordnung zu rufen. Da es sich offensichtlich um einen Hörfehler gehandelt hat, habe er jedoch keine Veranlassung, diesen Ordnungsruf auszusprechen.

Als nächster Diskussionsredner stellt GR. Leuscher (KLS) fest, daß seine Fraktion am vergangenen Sonntag im Zentralorgan ihrer Partei einen Aufruf veröffentlicht hat, den Wassersparmaßnahmen der Gemeindeverwaltung Folge zu leisten und mit dem Wasser äußerst sparsam umzugehen. Seine Fraktion ist der Auffassung, daß es im Augenblick nur durch die Einhaltung der Sparmaßnahmen möglich ist, eine Linderung der Situation zu erreichen. Es sei richtig, wenn hier gesagt wurde, es müssen alle zusammenarbeiten. Allerdings können wir nicht an der Tatsache vorübergehen, daß durch die Koalitionspolitik fast alle Dinge zu einem Politikum werden. Das steht sicherlich damit im Zusammenhang, daß wir uns heute in einer außerordentlich labilen innenpolitischen Situation befinden. Darum hat die Wasserversorgung eine ernste politische Seite. Wenn die Einschätzung der Sozialistischen Partei in Bezug auf die Haltung der verantwortlichen Instanzen in Niederösterreich und der Wiener Gemeinderatsfraktion der ÖVP richtig ist, dann stellt sich die Frage: Warum hat sich die Mehrheit dieses Hauses mit dieser Tatsache der Sabotage, der Verzögerung der notwendigen Sicherung der Trinkwasserversorgung der Wiener Bevölkerung abgefunden? Warum hat man diese Frage nicht rechtzeitig auf die Ebene des Koalitionsausschusses gehoben und gesagt: Schluß mit dieser Doppelzüngigkeit. Die Volkspartei hätte es **keinen** Tag vor der Wiener Bevölkerung verantworten können, daß sie die Schuld an der Wassermisere trägt. Warum hat die Mehrheit dieses Hauses diesen Schritt nicht getan?

Waren die Interessen, mit der Volkspartei im guten Einvernehmen zu sein, wichtiger als die Interessen Wiens, als die **Sicherung** der Wasserversorgung für die Wiener-Bevölkerung? Bei der Budgetdebatte wurde von den Sprechern der Mehrheit die gute Zusammenarbeit mit der Volkspartei unterstrichen. Man kann doch nicht von einer guten und sachlichen Zusammenarbeit reden mit einer Partei, die Wien sabotiert und, wenn die "Arbeiter-Zeitung" recht hat, das Wasser abdreht.

Wenn die Volkspartei gegenüber Wien eine solche Politik betreibt, dann ergeben sich daraus Konsequenzen. Dann ist es unverständlich, von einer guten Zusammenarbeit zu reden, oder es ist ein Ablenkungsmanöver von eigenen Versäumnissen, an denen man selbst die Schuld trägt. Es ist zu fürchten, daß man viel redet, um gerade das, den Kern der Frage, zu vertuschen. Wo liegt die Wahrheit? Auf Grund unserer Einsicht scheint es so zu sein, daß der Mehrheit dieses Hauses die Politik der Benachteiligung Wiens nicht ganz ungelegen gekommen ist, weil man selber nicht den ernstesten Willen gehabt hat, in den entscheidenden Jahren den Ausbau der Wasserversorgung, den Bau der dritten Wiener Wasserleitung rechtzeitig in Angriff zu nehmen.

Die jetzige Wassermisere bringt eine Politik zum Ausdruck, die den Interessen Wiens nicht nützt. Es ist eine Änderung dieser Politik notwendig. Man kann nicht die Interessen Wiens immer wieder den Koalitionsinteressen unterordnen. Wir können nur hoffen, daß die sozialistische Rathausmehrheit endlich zu den notwendigen Schlußfolgerungen kommt.

GR. Lauscher fordert alle Fraktionen auf, sich auf einen Beschluß zu einigen, in dem der einhellige Wille des Gemeinderates zum Ausdruck kommt, alles zu veranlassen, um auf dem raschesten Weg die Wasserversorgung Wiens in einer Weise zu lösen, wie es den Bedürfnissen der Wiener Bevölkerung und den Bedürfnissen Wiens entspricht. Er schlägt weiter vor, die Sitzung allenfalls zur Formulierung eines gemeinsamen Beschlusses zu unterbrechen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) vertritt die Ansicht, daß die Ausführungen des Amtsführenden Stadtrates und der sozialistischen Redner nicht davon überzeugen konnten, daß nach dem Kriege wirklich alles geschehen sei, um vorausplanend die Wasserversorgung

Wiens für die nächsten Jahrzehnte sicherzustellen. Aus der vorgebrachten chronologischen Aufstellung gehe nicht hervor, was in den vier Jahren zwischen 1953 und 1957 eigentlich geschehen ist. Der Stadtrat hat für diese vier Jahre keine besondere Begründung außer Allgemeinplätzen gebracht. Bei uns haben die Untersuchungen zwölf Jahre lang gedauert, bevor man überhaupt einen Schritt machen konnte, die dritte Wasserleitung zu beginnen. Dagegen hat man in zwölf Jahren in der Monarchie die erste Wasserleitung geplant und gebaut. Es nützt nichts, wenn man der Wiener Bevölkerung heute Millionenbeträge nennt und auf die wachsenden Kubikmeter verweist. Die Wiener Bevölkerung hat von diesen mathematischen Erklärungen gar nichts. Sie interessiert auch der Streit zwischen den, man kann schon sagen, feindlichen Landesregierungen nicht, weil er nichts anderes ist als der Bruderkrieg im Hause Schwarz-Rot. Die Bevölkerung fühlt instinktiv, daß die für die Wasserversorgung unserer Stadt verantwortlichen Politiker einfach versagt haben. Wenn es in diesem Hause darum geht, ins Auge springende, prunkvolle Projekte zu beschließen, dann erleben wir es immer wieder, daß ein Sprecher der Sozialistischen Fraktion voll Stolz bekennt, die Hauptverantwortung in dieser Stadt zu tragen. Es wäre eigentlich recht und billig, jetzt den Mut aufzubringen, vor die Bevölkerung zu treten und zu sagen: In der Wasserversorgung haben wir versagt. Das wäre fairer als zu kneifen. Es wäre fair gewesen, wenn sie gesagt hätten, wir wollen versuchen, diesen Fehler gutzumachen. Es scheint so, daß die heute von der sozialistischen Fraktion vorgelegte Resolution sowieso so etwas im Hintergedanken hat. Der Amtsführende Stadtrat wird darin aufgefordert "alle Anstrengungen zu unternehmen" - hat er denn diese Anstrengungen bis jetzt nicht gemacht? Es scheint fast so, als ob die eigene Fraktion mit ihm nicht zufrieden wäre. Wenn er auf die Frage eines Reporters, was jetzt geschehen soll, nur zu sagen hat: Gar nichts, dann muß man fragen: Ist das die ganze Weisheit des verantwortlichen Mannes? Ich glaube, daß man das nicht als Antwort eines Amtsführenden Stadtrates, sondern eher als die eines sehr Amtsmüden zu werten hat. Man sollte lebenswichtige kommunale Probleme mit Energie, Weitblick und Tratkraft langfristig lösen. Alle diese Voraussetzungen fehlen heute bei dem für die Wasserversorgung verantwortlichen Politiker. Wir können ihm daher nicht unser Vertrauen aussprechen und werden seine Erklärungen nicht zur Kenntnis nehmen.

GR. Walzer (ÖVP) spricht über die Bedeutung der Wasserversorgung für die Wiener Wirtschaft. Die Wirtschaft leistet einen beträchtlichen Anteil für einen gesunden Haushalt in unserer Stadt; sie kann daher auch verlangen, daß die Voraussetzungen für ein weiteres Wachstum geschaffen werden, und dazu gehört auch die Versorgung mit Wasser. Wir müssen uns eingesteheh, daß die Wasserversorgung unserer Stadt unzureichend ist. In einer Weltstadt, wie Wien eine sein will, kann man nicht über längere Perioden mit Wassersparmaßnahmen operieren. Die Bewohner und die Betriebe unserer Stadt können von uns verlangen, daß die Stadt Wien Wasser in ausreichender Menge zur Verfügung stellt.

Die mangelnde Wasserversorgung wirkte sich spürbar für die Wiener Wirtschaft aus: es kam zu Produktionsausfällen, die Steuerrückgänge bringen können und damit eine Gefährdung der Vollbeschäftigung. Damit könnten der Volkswirtschaft große Schäden entstehen.

Dabei hat die Wirtschaft für ihren Wasserbedarf zum größten Teil selbst vorgesorgt. Die größeren Industriebetriebe decken ihren Nutzwasserverbrauch zu 70 bis 80 Prozent aus eigenen Brunnen. Die restlichen 20 bis 30 Prozent werden vor allem von den kleineren Gewerbebetrieben benötigt. Allerdings eine eigene Nutzwasserleitung wäre wirtschaftlich absurd, weil die meisten gewerblichen Betriebe einwandfreies Wasser brauchen. Es ist also auch im Interesse der Wirtschaft, daß die dritte Wasserleitung sobald wie möglich fertig wird. Der Redner erinnert an die Denkschrift der Wasserwerke vom Juni 1953, in der es heißt, daß auch die Mandatare als berufene Sachwalter den Mangelerscheinungen in zunehmendem Maße ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Diese Feststellungen haben nichts an Aktualität eingebüßt. Die Planung auf dem Gebiet der Wasserversorgung Wiens wurde zu spät und mit zu wenig Nachdruck betrieben.

Der Redner verwahrt sich dagegen, die Wirtschaft indirekt als mitverantwortlich für die Wassermisere zu machen. Niemand vergeudet Wasser, schon deshalb nicht, weil es ja ein entsprechender Kostenfaktor ist und bezahlt werden muß. Im Gegenteil, wären nicht die eigenen Wasserversorgungsanlagen der Industrie vorhanden, so könnten die Wasserwerke den Wiener Bedarf schon längst nicht einmal in normalen Zeiten decken. GR. Walzer verweist auch darauf, daß Wasser für viele Betriebe ein Rohstoff ist und eine

Grundvoraussetzung für die Produktion. Er erwähnt die Lebensmittelgewerbe, die chemisch-pharmazeutischen Betriebe, das gesamte Gast- und Schankgewerbe, die Wäscher und Färber, Friseure und Servicestationen.

Eine ausreichende Wasserversorgung ist ebenso wie eine ausreichende Strom- und Gasversorgung eine wesentliche Voraussetzung für jede gesunde Kommunalwirtschaft. Generelle Sparmaßnahmen, wie sie diesmal verhängt wurden, sind wirtschafts- und lebensfremd. Bei einer Wiederholung müßte unbedingt die rechtliche Voraussetzung zur Ausnahmegenehmigung geschaffen werden. Ferner wäre ein Stufenplan zu erwägen, der Abstufungen des einzusparenden Prozentsatzes aber auch hinsichtlich der Berufsgruppen vorsieht. Nach wie vor aber bleibt nur ein gültiges Heilmittel, nämlich die Realisierung der dritten Wasserleitung.

Abschließend beschäftigt sich der Redner mit einem Leitartikel der Arbeiter-Zeitung, in dem er die Behauptung als unhaltbaren Vorwurf zurückweist, daß die niederösterreichische ÖVP den Wienern zu schaden trachte, wo es nur geht. Er verwehrt sich auch gegen die Behauptung in dem Artikel, daß die ÖVP jede Gemeinwirtschafts-Initiative verdamme.

Abschließend erklärt GR. Walzer: eines ist ~~war~~ allen Rednern gesagt worden, daß wir als Gemeinde Wien die Bevölkerung ausreichend mit Wasser versorgen müssen. Viel Gutes und Positives ist in unserer Stadt geschehen, um das Stadtbild zu verschönern. Das wird anerkannt. Vergessen wir aber darüber nicht das Lebensnotwendige und lassen wir uns nicht in eine Richtung des "außen Hui und innen Pfui" drängen.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, teilt mit, zu der Einladung von GR. Leuscher an alle Parteien zu einem gemeinsamen Beschluß, hätten ihm die Fraktionen mitgeteilt, daß sie außerstande seien, dem Vorschlag beizutreten.

Als nächster Redner in der "Wasserdebatte" meldet sich GR. DDr. Strunz zu Wort, der zunächst eine Analyse des derzeitigen Wasserangebotes gab. In Zukunft können wir in zwei Jahren das Grundwassernetz Lobau erwarten und in ungefähr sieben Jahren die dritte Wasserleitung.

Der Redner gibt dann eine Reihe von Anregungen zu einem Sofortprogramm, das helfen soll die Wassernot zu lindern.

Zunächst sollten alle Möglichkeiten nochmals überprüft werden, wie das Wasserwerk Lobau nicht erst in zwei Jahren, sondern schon früher fertiggestellt werden könnte. Sodann sollten alle noch vorhandenen Möglichkeiten untersucht werden, um schnellstens zusätzliche Wasservorkommen auf Wiener Boden zu erschließen. Dabei wäre zum Beispiel zu überlegen, ob nicht das Rückhaltebecken von Maria Brunn gleichsam als zweiter Wienerwald-See Hochwässer aufnehmen und speichern könnte; die Aufbereitung könnte ähnlich wie im Wasserwerk Wienerwald-See erfolgen. Ferner sollte man jetzt schon wenigstens Versuche zu einer künstlichen Grundwassergewinnung unternehmen, die links der Donau geplant werden könnte. Im Ausland gibt es bereits Anlagen für diesen Zweck. Weitere Anregungen sind, ähnlich wie beim Wasserwerk Nußdorf auch auf dem linken Ufer der Donau die Uferfiltrate zu untersuchen und die Schotterrinnen parallel zur Donau zu überprüfen, ob ihre Wasserführung für eine Wassergewinnung ausreichend wäre; ein Bohrnetz dafür ist teilweise schon vorhanden, es müßte nur noch verstärkt werden. Schließlich weist GR. DDr. Strunz darauf hin, daß es im Stadtgebiet noch mehrere freifließende Quellen gibt, so zum Beispiel die Quelle der alten Döblinger Brauerei, über der jetzt ein Gemeindebaukomplex (der Kopenhagen-Hof) steht. Diese Quelle liefert, vorsichtig geschätzt, etwa 1.000 Kubikmeter ausgezeichnetes Wasser. Ebenso könnte man die Brunnen der Nußdorfer Brauerei, der Wiener Eisfabriken im 22. Bezirk und anderer Unternehmen überprüfen.

Der nächste Debattenredner ist Vizebürgermeister Slavik. Er erklärt, daß ein Teil der Diskussion von der Überlegung getragen wird, wie man die vorübergehenden Schwierigkeiten in der Wasserversorgung für die kommenden Wahlen ausnützen kann, dem anderen Teil der Diskussion aber Überlegungen zugrundeliegen, wie man diese Schwierigkeiten überwinden kann.

Zu den Anregungen von GR. DDr. Strunz sagt der Vizebürgermeister, sie seien so wenig neu, daß sogar er als Nichtfachmann sie schon kenne.

An Hand von Vergleichsziffern legt der Vizebürgermeister sodann dar, daß sich der Wasserverbrauch der Wiener Bevölkerung seit 1950 äußerst unregelmäßig entwickelt hat. Während zum Beispiel der durchschnittliche Tagesverbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 1950 bis 1951 um vier Liter und von 1951 bis 1952 um einen Liter gesunken ist, stieg er von 1952 bis 1953 um drei Liter, von 1959 bis 1960 um zwei Liter und von 1961 bis 1962 um zwölf Liter.

Insgesamt jedoch ist der Tagesverbrauch von 1950 bis 1957 von 222 auf 248 Liter und von 1958 bis 1963 um weitere 47 Liter gestiegen.

Wenn nun behauptet wird, daß auf dem Gebiet der Wasserversorgung in den letzten Jahren nichts geschehen sei, so ist das absolut falsch. 130.000 Kubikmeter pro Tag wurden zusätzlich gewonnen, und der gestern erteilte Konsens wird eine weitere Mindestmenge von 50.000 Kubikmeter bringen. Das werden zusammen also 180.000 Kubikmeter sein - das ist fast soviel wie die Menge aus der II. Hochquellenleitung. Jedenfalls muß betont werden, daß nach 1945 vom Personal der Wasserwerke eine äußerst erfolgreiche Tätigkeit entfaltet wurde. Diese Frauen und Männer sollen das Gefühl haben, daß ihre Arbeit nicht nur kritisiert, sondern auch anerkannt wird.

Vizebürgermeister Slavik verweist darauf, daß er als Nichtwasserfachmann das Problem so sieht wie jeder andere mit Vorzügen und Fehlern behaftete Durchschnittswiener. Wenn genügend Wasser vorhanden ist, dann verwendet auch er es gedankenlos in jeder Menge. Wenn man aber zum Sparen aufgefordert wird, dann ist er jederzeit bereit, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Wenn wir weniger Wasser haben, muß eben jeder Rücksicht auf den anderen nehmen, denn schließlich ist es unmöglich, daß der eine Wasser verschwendet, der andere sich aber beim Tankwagen anstellen muß. Es sei daher auch keinesfalls nötig, im Gemeinderat einen Vortrag über die Schwierigkeiten zu halten, die durch den Wassermangel auftreten, da sie ja jedermann bekannt sind. Keinesfalls zur Beruhigung der Lage tragen Meldungen bei, wie "Explosionsgefahr bei Wasserspeichern", "Wien stöhnt unter der Wassernot", "Wassermisere noch bis Mai" usw. Heißwasserspeicher, die bei fehlendem Wasserzulauf, was bei Reparaturen, Rohrgebrehen usw. immer wieder vorkommen kann, explodieren, werden überhaupt nicht zugelassen. Ebenso sind die Berichte über eine Seuchengefahr übertrieben. Die Vorhersage, daß bis Mai Wassermangel herrsche, könnte nur von einem Wahrsager gemacht worden sein. Daß die Industrie bedeutende Wassermengen aus eigenen Brunnen fördert, ist eine große Hilfe für die Stadtverwaltung. Der Versuch, die Industrie bei der Erschließung weiterer eigener Brunnen zu unterstützen, ist daher sehr zu begrüßen.

Die von GR. Lauscher aufgeworfene Frage, ob Niederösterreich tatsächlich an unserer Wassermisere mitschuldig ist, kann nur bejaht werden. Sicherlich gibt es auch auf niederösterreichischer Seite verschiedene Meinungen. Einerseits jene, die in allen Dingen nur an Wahlkämpfe denken, andererseits aber wieder andere, die sich an Recht und Gesetz halten und ihre Pflicht erfüllen und auch für die Sorgen der Wiener Verständnis haben. Am 2. Juli 1963 hat unter dem Vorsitz von Nationalrat Scheibenreif eine Besprechung stattgefunden, bei der anscheinend nur Vertreter der Volkspartei anwesend waren. Bei dieser Besprechung gab es Äußerungen wie "Grundsätzlich müßte das niederösterreichische Wasservorkommen dem Lande Niederösterreich vorbehalten bleiben", oder "Warum nehmen die Wiener nicht das Wasser vom Lunzer See". Ein anderer meinte "Die Grundverkäufe an die Gemeinde Wien, so zum Beispiel in Ebreichsdorf, hätten verhindert werden müssen" und ähnliche Aussprüche mehr. Mit solchen Argumenten arbeitet man also gegen die Interessen der Stadt Wien. Schließlich gibt es ja eine Wasserrechtsbehörde und die erlaubt die Wasserentnahme nur dort, wo keine Gefahr für die betroffenen Gebiete besteht. Man darf sich doch in solchen Dingen nicht auf den Standpunkt stellen, was in Niederösterreich ist, gehört nur den Niederösterreichern. Wenn das die Steirer mit ihrem Erzberg so machen würden oder vielleicht die Wiener mit den Symphonikern oder den Philharmonikern oder gar mit den in der Nationalbank hergestellten Banknoten. Manche Artikel in den ÖVP-Zeitungen fordern ihn, wie Vizebürgermeister Slavik erklärt, zu einem Vergleich heraus. Es gibt einen Streit um den Jordanfluß. Die Israeli wollen mit seinem Wasser eine Wüste bewässern. Die Araber sagen, sie werden ihnen das Wasser ableiten. Er habe daher manchmal das Gefühl, daß es in der Volkspartei einen ganzen Schippel Araber gebe. (Beifall bei den Sozialisten.) Zuerst wollen sie die Autobahn um Wien herumleiten, jetzt möchten sie am liebsten das Wasser herumleiten. Mit solchen Dingen, mit dem Durst von Kindern, Frauen und Männern, könne man aber keine Wahlpropaganda machen.

Nach Ansicht von GR. Lauscher gibt es in den Oststaaten keinerlei Wasserschwierigkeiten. Anscheinend hat sich dieser über die Wasserschwierigkeiten in Ost-Berlin und auch in Budapest nicht informiert.

Die Wiener Bevölkerung hat glücklicherweise Verständnis genug und hört nicht auf die Hetze in den verschiedensten Zeitungen. Sie hat dem Aufruf des Bürgermeisters zur Einhaltung der Wassersparmaßnahmen Folge geleistet. Darüber könne man sich nur freuen und den Wienern für das Verständnis, das sie für die schwierige Situation aufbringen herzlichst danken.

Als bedauerlich bezeichnet es Vizebürgermeister Slavik, daß einige Zeitungen immer wieder falsche Meldungen über die Stadtverwaltung bringen. Das gilt nicht nur für die Wassersituation, sondern auch für verschiedene andere Dinge. So wird immer wieder vom Donauturm gesprochen, und festgestellt, daß er mit großen Aufwendungen aus Steuergeldern errichtet wird. Tatsächlich handelt es sich hier um eine Gesellschaft, an der mit 72 Prozent die Ekazent, mit 24 Prozent Mautner-Markhof und mit vier Prozent Architekt Lintl beteiligt ist.

Wir haben den Beschluß zum Bau einer Wasserleitung gefaßt, noch bevor wir die Bewilligung hatten, auch nur einen Liter Wasser zu entnehmen. Jetzt haben wir den Konsens, aber das haben wir bei der Beschlußfassung nicht gewußt. Noch geschwinder geht es nicht. Jetzt ist es ein Problem der Techniker, wie schnell es gemacht werden kann. An den Finanzen wird es nicht liegen. Wegen uns wird der Wasserleitungsbau weder verlangsamt noch eingestellt werden. Von uns aus kann mit Volldampf an die Arbeit gegangen werden, damit die Wiener so rasch wie möglich zu Wasser kommen. (Beifall bei der SPÖ).

Abschließend erklärt Vizebürgermeister Slavik zu den Journalisten: Ich habe überhaupt nichts gegen eine kritische Berichterstattung. Aber eines soll man nicht: man soll nicht lügen. Wenn die "Arbeiter-Zeitung" geschrieben hat: "Eine Nachhilfestunde für Gemeinderäte", so paßt mir diese Überschrift genauso wenig wie Ihnen, Vielleicht hätten aber manche Journalisten eine Nachhilfestunde in Anstand und Wahrhaftigkeit gebraucht. Den anständigen Journalisten könnte man empfehlen: Entweder legt den Unanständigen unter Euch das Handwerk oder trennt Euch von den Unanständigen, dann wird der Journalistenberuf wieder eine entsprechende Wertung erfahren!

GR. Dr. Habl (ÖVP) wirft die Frage auf, ob es wirklich politische Hintergründe gibt, oder ob sachliche Gründe für die

Schwierigkeiten maßgeblich waren. Bei der gestrigen Aussprache mit Fachleuten hat sich ergeben, daß rein sachliche Gründe die Verzögerung bewirkt haben. Darüber hinaus ist es nur berechtigt, wenn auch die niederösterreichischen Mandatäre in der Sorge um die dort lebende Bevölkerung zuerst die Sicherheit haben wollen, daß wirklich nur so viel Wasser entnommen werden wird, daß auch ihren Bedürfnissen Rechnung getragen wird. So wollen wir damit aufhören zu suchen, ob irgendwelche Funktionäre und Beamte aus politischen Gründen Wien trockenlegen wollten. Besser ist es, alles zusammenzufassen und alle Kraft zusammenzunehmen, damit sich dieser Übelstand nicht wiederholt.

Es ist heute öfter von Panikmache und unrichtiger Berichterstattung gesprochen worden. Dazu sei eines gesagt: Die Presse hat über die Wassernot geschrieben, aber sie hat sie nicht hervorgerufen. Ich möchte an den letzten Redner die Frage richten, ob er nicht auch das Zentralorgan der SPÖ liest. Denn da steht: am 25. Jänner in einem Artikel mit der Überschrift "Durstinsel": Boiler abstellen - Explosionsgefahr! Es haben nicht nur die Zeitungen der einen Seite so geschrieben, sondern auch die der anderen. Vielleicht war es gar nicht Panikmache, vielleicht war es eine ehrlich gemeinte Warnung. Wir wollen den Frieden wieder herstellen mit der Presse, betrachten wir die Sache nicht als Panikmache, sondern als Vorsorge und Warnung. Ich kann es nur so auffassen, wenn die "Arbeiter-Zeitung" über den Wassermangel schreibt: Kein Ende abzusehen!

Damit der nötige Wasserdruck vorhanden ist, scheint es notwendig, möglichst alle Quellen zu aktivieren, so wie auch die Presse alle ihre Quellen aktiviert. Trachten wir nur, daß diesen Quellen keine trüben Quellen sind, dann kommen wir durch eine saubere Wirtschaft und eine saubere Presse auch zu einem sauberem Wasser.

Hierauf hält nach fast fünfstündiger Aussprache Stadtrat Koci das Schlußwort. Zu dem Vergleich mit Moskau sagt der Stadtrat, daß auch dort große Schwierigkeiten bei der Versorgung bestehen, daß sie aber keine Schwierigkeiten bei der Grundfeimachung und hinsichtlich von Eigentumsrechten haben werde.

Wenn jemand meinte, in Wien könnten wir ja auch die Donau heranziehen, dann muß ich sagen: Ich würde es nicht wagen, dem Gemeinderat so einen Vorschlag zu unterbreiten, solange ich die Überzeugung habe, daß vor den Toren Wiens einwandfreies Grundwasser in ausreichender Menge vorhanden ist, um nicht nur Wien, sondern auch Niederösterreich versorgen zu können. Die rechtlichen Schwierigkeiten sind es, die uns die größten Sorgen bereiten.

Der Referent setzt sich dann im Detail mit verschiedenen Vorschlägen einzelner Diskussionsredner auseinander, wobei er gegenüber dem GR. Strunz erklärt, daß von den vier Programmpunkten lediglich das Ersuchen übrigbleibe, alles zu unternehmen, um das vorhandene Grundwasser nutzbar zu machen. Es sei zugegeben, daß einzelne Berufszweige von der 20prozentigen Wassereinsparung sehr hart betroffen werden. Aber andere haben versichert, sie seien in der Lage, 20 Prozent einzusparen, und die Kundmachung hat dazu beigetragen, daß viele Betriebe doch bei ihren Anlagen vorsichtiger sind und undichte Leitungen abgesperrt haben.

Was den Bau der dritten Wasserleitung anlangt, ersucht Stadtrat Koci den GR. Mühlhauser, seinen Einfluß bei jenen "Arabern" geltend zu machen, die das Wasser für Wien nicht hergeben wollen. (GR. Mühlhauser: Auf welcher Seite sind die Israeli?) Ich möchte Sie nur bitten, Ihren Einfluß geltend zu machen, um beim Landwirtschaftsministerium zu erwirken, daß wir endlich auch die Genehmigung bekommen. Der Bürgermeister hat im Jänner 1962 an das Landwirtschaftsministerium das Ersuchen gerichtet, ehestens die Verordnung zum Schutze des Grundwasservorkommens des südlichen Wiener Beckens zu erlassen. Bis heute hat er auf dieses Ersuchen noch keine Antwort erhalten. Die Schwierigkeiten, aus den verschiedensten Gebieten Wasser zu bekommen, liegt also nicht auf finanziellem Gebiet, sondern an der Frage der Genehmigung, Wasser entnehmen zu können. Selbst in der Lobau, auf unserem eigenen Landesgebiet, mußten wir vier Jahre auf die Genehmigung warten. Bei den Mitteln, die Wien für die Wasserversorgung aufgewendet hat, kann der Stadt niemand den Vorwurf machen, daß hierfür nicht die Gelder zur Verfügung gestellt worden wären.

Was die Wassersparmaßnahmen betrifft: solche Aufrufe liegen weit zurück.

Auch Lueger mußte 1908 eine Kundmachung erlassen, weil er in einer Zwangssituation war, bis die II. Hochquellenleitung fertiggestellt wurde.

Man darf auch nicht glauben, daß wir kein Konzept haben. Der Referent verweist darauf, daß 150.000 Kubikmeter Wasser neu erschlossen wurden, soviel wie die ganze erste Hochquellenleitung bringt. Wir sind jetzt wieder daran, die Brunnen der ehemaligen Eisfabrik im 20. Bezirk für uns nutzbar zu machen. Die Brunnen werden saniert und er schätze, daß man daraus 8.000 bis 10.000 Kubikmeter Wasser bekommen werde. Aber auch dazu benötigen wir die Genehmigung der Wasserrechtsbehörde.

Bei der Abstimmung wird der Bericht über die Wiener Wasserversorgungslage mit den Stimmen der SPÖ zur Kenntnis genommen.

Die Anträge der SPÖ, der FPÖ und der KLS werden einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Neuer Sportplatz in Floridsdorf

GR. Pföch (SPÖ) referiert über die Errichtung einer neuen Sportanlage in Floridsdorf, Fultonstraße-Nordmannngasse. Die Baukosten betragen 4,1 Millionen Schilling. Der Sportplatz wird auch eine Zuschauertribüne für 1.000 Personen haben.

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) verweist darauf, daß leider auch hier Schwierigkeiten in der Grundbeschaffung aufgetreten sind, die die rechtzeitige Fertigstellung verzögern.

GR. Bittner (ÖVP) kritisiert, daß die Pläne, die gezeigt wurden, nicht sehr genau informieren. Er bedauert ferner, daß hier wieder ein Sportplatz ohne Laufbahn errichtet wird.

GR. Pföch sagt im Schlußwort, das Verlangen des Sprechers für den 21. Bezirk könne man durchaus verstehen. Aber immerhin, Floridsdorf bekommt nun schon den zweiten neuen Sportplatz.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Änderung der Prüfgebührenordnung

Als letzten Punkt der Tagesordnung beantragt GR. Billmaier (SPÖ) als Berichterstatter, eine Änderung der Prüfgebührenordnung der 39 städtischen Prüf- und Versuchsanstalten.

Als einziger Debattenredner nimmt GR. Neset (FPÖ) Stellung, der erklärt, daß er alle Tariferhöhungen ablehne, ganz gleich, aus welchen Gründen sie erfolgen.

In seinem Schlußwort weist der Berichterstatter darauf hin, daß die Prüfanstalten der Gemeinde Wien einen Sachaufwand von 442.000 Schilling und Personalkosten von mehr als zwei Millionen Schilling haben, insgesamt also Ausgaben von etwa 2,6 Millionen Schilling. Diesen stehen jedoch Einnahmen von nur zwei Millionen Schilling gegenüber. Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Samstag und Sonntag Dampfbadbetrieb im Theresienbad
=====

31. Jänner (RK) Die städtischen Dampf- und Wannebäder sind wegen der Wassersparmaßnahmen bekanntlich seit einer Woche geschlossen.

Morgen Samstag und übermorgen Sonntag werden aber im Theresienbad in Meidling die Dampfbäder für Damen und Herren versuchsweise wieder offen haben. Es wurde in den letzten Tagen eine Umstellung auf einen hauseigenen Brunnen vorgenommen, der leicht schwefelhaltiges Wasser gibt.

Die Dampfbäder im Theresienbad sind morgen Samstag von 7 bis 19 Uhr und Sonntag von 7 bis 12 Uhr geöffnet.

- - -